

Dr. Johannes Verbeek
Avelsbacher Straße 31
54295 Trier
VeHaVerbeek@t-online.de

Eilantrag

zur Kreismitgliederversammlung im KV Trier-Saarburg am 5. November 2010

Der Antrag gelidert sich in drei Punkte. Es soll aber nicht einzeln über die Punkte, sondern über den gesamten Antrag und von daher gemeinsam über alle Punkte des Antrags entschieden werden.

KOMMUNIKATION statt MAULKORB-ERLASS

1. Die Kreismitgliederversammlung möge gegen den Antrag von Anka Klotz (vom 9.10.2010) stimmen, der vorsieht, dass ich als Stadtrat für die Partei DIE LINKE nicht sprechen darf.

Begründung: Der Antrag basiert auf falschen Tatsachen, wie ich in meiner Gegendarstellung vom 22.10.2010, die parteiintern veröffentlicht wurde und zur Sitzung noch einmal verlesen werden kann, dargestellt habe. Anträge auf der Grundlage falscher Tatsachen sind Ausdruck einer zutiefst unsolidarischen Grundhaltung der Antragstellerin. Ein „Maulkorb-Erlass“ gegen mich als Genosse und Mandatsträger für DIE LINKE ohne rechtliche Grundlage ist für mich ein Grund, die Satzungstreue der Genossin für ein Amt im KV-Vorstand unserer Partei grundlegend in Frage zu stellen.

2. Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen, dass Katrin Werner den von mir seit Januar 2010 dokumentierten und bis heute andauernden Kommunikationsboykott gegen mich als ihren Mit-Stadtratskollegen beendet. Sie soll vor dem Hintergrund ihrer Bereitschaftserklärungen zur Kooperation (parteiintern angeblich am 10. Mai 2010, presseöffentlich im TV Ende Juli 2010) fortan meine Anfragen zu sachpolitischen und organisatorischen Fragen der Politischen Gruppierung DIE LINKE im Trierer Stadtrat beantworten und solidarisch zu der gemeinsamen politischen Aufgabe im Trierer Stadtrat beitragen. Unmittelbar vor der Stadtratssitzung soll eine mindestens einstündige Koordination der in den Arbeitsgruppen „Kommunale Beratung“ und „AG DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier“ erarbeiteten politischen Ergebnisse in Anwesenheit der beiden StadträtInnen erfolgen.

Begründung:

Katrin Werner hat ihre Bereitschaft zu Fraktionsbildung in meiner erzwungenen Abwesenheit in einer geschlossenen Sitzung des Ortsvorstandes Trier am 10. Mai 2010 bekundet, was in der Anklageschrift gegen meinen Pateiausschluss schriftlich vorliegt. Ihre Gesprächsbereitschaft mir gegenüber hat sie öffentlich in einem Presseartikel Ende Juli verlautbaren lassen. Leider hat sie diese bis heute nicht umgesetzt. Es liegen Katrin Werner allein seit dem Juli 2010 mindestens drei E-Mails von mir vor, in denen ich sie um Gespräche über unsere Kooperation bitte und eine Koordination unserer Politikhalte im Stadtrat wünsche. Auf diese Briefe, die vorgelegt werden können, habe ich bis heute keine Antwort erhalten. Ihr unvollständig dokumentiertes Abstimmungsverhalten, das sie mir erst zwei Mal zukommen ließ, erreicht mich immer erst in der Sitzung des Stadtrates. Dieses Verhalten widerspricht der von Werner mehrfach presseöffentlich getätigten Äußerungen, die sinngemäß den

Grundtenor tragen, ‚man wolle sich zusammenraufen‘ (Presseartikel im Zusammenhang mit ihrer mündlichen Presseerklärung zur Absicht, wieder eine Fraktion bilden zu wollen und Ende Juli 2010). Ich schlage zeitlich umrissene Koordinationstreffen über die Ergebnisse in den einzelnen Arbeitskreisen der beiden StadträtInnen vor, die in der letzten Woche vor den Stadtratssitzungen, spätestens aber am zweitletzten Tag vor einer Stadtratssitzung stattfinden sollen. Termin und Ort kann Katrin Werner bestimmen. Jeder Stadtrat/jede Stadträtin kann eine vertraute Genossin, einen vertrauten Genossen für die Treffen um Begleitung bitten. Unter diesen Bedingungen ist denkbar, dass eine koordinierte Stadtratsarbeit in der Übergangszeit bis zu einer anschließenden Klärung meiner Parteizugehörigkeit gelingt. Wenn diese Koordination, die von meiner Seite problemlos zu erfüllen sein wird, sich bewährt, ist auch die Grundlage für eine Fraktionsneubildung im Falle meines Verbleibs in der Partei geschaffen.

3. Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen, dass Stadträtin Katrin Werner (MdB) mit mir im Monat November das von mir bereits in der E-Mail vom 12. und 13.10.2010 vorgeschlagene Gespräch über das Vorgehen im Bürgerhaushalt 2010/11 und der Besetzung des Schulträgersausschusses ab November 2010 ergebnisorientiert führt.

Begründung:

Durch den auf Landesebene erfolgreichen Antrag auf Parteiausschluss meiner Person durch fünf Genoss/innen des KV Trier-Saarburg und durch die Blockade der Kommunikation auf Sachebene seitens Katrin Werner ist eine Schwächung der Linken im Trierer Stadtrat eingetreten. Dies betrifft aktuell die verunmöglichte Teilnahme am Bürgerhaushalt durch den OB und die fehlende Vertretung im Schulträgersausschuss durch das bisher zwischen Werner und mir nicht stattgefundene grundlegende Gespräch. Deshalb ist es nötig, dass es zu verlässlichen Absprachen und einer gemeinsamen Vorgehensweise kommt, die nur in koordinierten Gesprächen möglich sind. Auf eine Einladung zu einem diesbezüglichen Gespräch hat Katrin Werner mir nicht geantwortet. Termin und Ort eines 1-2 stündigen Grundsatzgesprächs im November 2010 konnte und kann Katrin Werner weiterhin selbst bestimmen. Auch dieses Gespräch soll unter Einbezug und unter Einbezug von jeweils einer Vertrauensperson erfolgen.

Ich bitte über Antrag am 5. November in der Kreismitgliederversammlung zu entscheiden und diesen Antrag zeitnah postalisch an alle Mitglieder des Kreisverbandes Trier-Saarburg zu versenden, damit diese sich eine Meinung bilden können. Zur Kreismitgliederversammlung am 5. November 2010 werde ich für eine weitere Begründung meines Antrags anwesend sein.

Diesen Antrag publiziere ich parteiintern, um eine Rückmeldung über meinen Vorschlag von Genossen und Genossinnen zu erhalten.

Nicht zuletzt will ich diesen Antrag als Ausdruck meines Bemühens verstanden wissen, Vertrauen in eine Kooperation mit der Stadträtin Katrin Werner aufzubauen. Ich tue dies aus einer sachorientierten politischen Grundhaltung heraus und bemühe mich um eine gemeinsame Politik, obgleich mir durch die Genossen und Genossinnen im KV Trier-Saarburg bislang keine Unterstützung meiner Mandatsträgerschaft zugekommen ist, was aber ihr satzungsgemäßer Auftrag ist (stattdessen: Antrag auf Parteiausschluss, Antrag auf Maulkorb-Erlass etc.).

Trier, den 25. Oktober 2010

Johannes Verbeek